Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 277 (1998)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-377028

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Dr. Walter Bührer, Trogen

Geschichtliche Vorgänge entziehen sich in aller Regel simplifizierenden Deutungsversuchen. Auch aktuelle Ereignisse und Entwicklungen können selten auf eine einzige Ursache zurückgeführt werden. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges – in den fünfziger und sechziger Jahren – liess sich das Weltgeschehen nie ausschliesslich auf den Gegensatz zwischen kommunistischem Block und freier Welt reduzieren. Wo dies geschah – wie beispielsweise im Falle Vietnams, wo die Kraft des Nationalismus krass unterschätzt wurde –, resultierten verzerrte Wahrnehmungen mit tragischen Konsequenzen. Auch neuere Versuche einer Gesamtschau – wie beispielsweise die Thesen des Harvard-Professors Samuel Huntington vom drohenden Aufeinanderprallen der Zivilisationen («The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order») – vermögen der Komplexität der weltpolitischen Herausforderungen nur unzureichend gerecht zu werden. Der Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Machtsystems hat viele tieferliegende Konfliktstrukturen zutagetreten lassen. Manche Konflikte, insbesondere in Zentralasien, im Balkan, im Nahen Osten und in Afrika, entziehen

Am 17. Februar starb in Peking der «grand old man» der chinesischen Politik, Deng Xiaoping. *(Bilder: Keystone.)*

sich Lösungsversuchen hartnäckig, weil sie in schwer entwirrbaren ethnischen, religiösen, machtpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen wurzeln. Auch die Weltmacht Amerika hat dies in den vergangenen Jahren immer wieder zu spüren bekommen. Ihre Einflussmöglichkeiten sind keineswegs unbegrenzt, zumal weitere Staaten und Staatengruppen heute den Anspruch erheben, als «global players» auf der weltpolitischen Bühne mitzuwirken – neben der Europäischen Union und Russland immer stärker auch asiatische Staaten, die grossen und die kleinen «Tiger».

Chinas Sprung nach vorn

Allen voran China. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat das Reich der Mitte in den neunziger Jahren einen veritablen «Sprung nach vorn» getan. Ungeachtet des autoritären politischen Systems, das sich noch immer als «kommunistisch» deklariert, hat das Regime in Peking günstige Voraussetzungen für privates Unternehmertum und ausländi-

sche Investitionen geschaffen. Diese Reformen sind untrennbar mit dem Namen Deng Xiaoping verbunden. Deng verstarb am 17. Februar 1997 im Alter von 92 Jahren. Seit seiner Rückkehr zur Machtspitze nach dem Tode Maos (1977) hatte Deng Xiaoping den Übergang von einem zentral geplanten zu einem marktorientierten Wirtschaftssystem vorangetrieben. Als erstes befreite er die Bauern vom Joch der maoistischen Kollektivierung und ermunterte sie dank materiellen Anreizen zu enormen Produktionssteigerungen. In den achtziger Jahren verdoppelten sich die landwirtschaftlichen Erträge; auch im industriellen Sektor, im Kleingewerbe und im Dienstleistungsbereich wurden gewaltige Fortschritte verzeichnet. Dank Dengs Reformen hatte das chinesische Volk – vielleicht zum ersten Mal in seiner Geschichte überhaupt – genug zu essen. Seit 1992 hat sich die wirtschaftliche Dynamik beschleunigt, mit Wachstumsraten von jährlich über 10 Prozent. Trotz aller wirtschaftlichen Erfolge blieb Deng Exponent eines politischen Systems, das Widerspruch in keiner Weise duldet und das, wie die Niederschlagung des Studentenaufstandes 1989 zeigte, auch vor offener Gewalt nicht zurückschreckt. Entgegen manchen Befürchtungen blieb es in China nach Dengs Tod ruhig; der Machtübergang auf das Führungsgremium um Präsident Jiang Zemin, Premier Li Peng und den Vizepremier Zhu Rongji vollzog sich ohne die befürchteten Auseinandersetzungen.

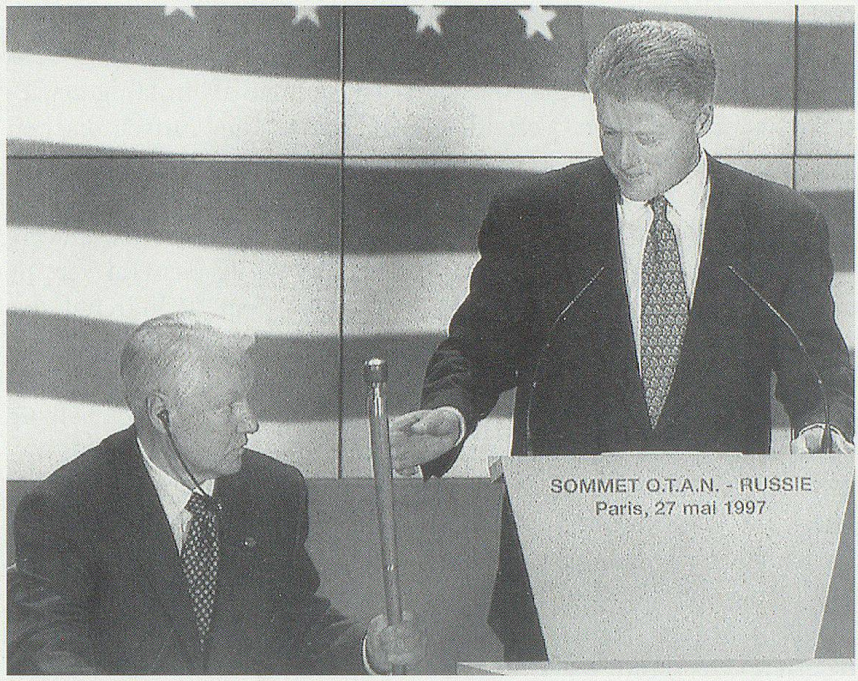
Ungeachtet dieser positiven Zeichen steht das chinesische Regime vor riesigen Herausforderungen: Dazu gehören gewissermassen systemimmanente Probleme wie die grassierende Korruption und die um sich greifende Kriminalität. Durch die Reformen auf dem Land wurden Millionen von Menschen freigesetzt, die als Arbeitslose und Wanderarbeiter am neuen Reichtum kaum partizipieren. Kehrseite des wirtschaftlichen Aufschwungs ist auch ein gigantisches Umweltproblem; durch Erosion und Wasserknappheit gehen dem Land Jahr für Jahr Tausende von Quadratkilometern Anbaufläche verloren. Ungelöste Fragen gibt es ausserdem im Verhältnis zwischen Zentralregierung und den Provinzen, zwischen chinesischer Mehrheitsbevölkerung und Minderheitenvölkern, allen voran den Tibetern und den Uiguren. Zum Testfall für die aussenpolitische Verlässlichkeit der Volksrepublik wird die Rückkehr Hongkongs unter chinesische Souveränität. Besonders scharf beobachtet werden dürfte das Schicksal Hongkongs auf der Insel Taiwan, deren Einverleibung für die Volksrepublik seit Jahren Priorität hat, wo die Bevölkerung jedoch grossmehrheitlich wenig Lust zeigt, unter die Fuchtel Pekings zu gelangen.

Stärker denn je hat China in der Berichtsperiode seinen Anspruch angemeldet, auf weltpolitischer Ebene ein gewichtiges Wort mitzureden. Zunehmend machtbewusst verhält sich Peking nicht nur im Umgang mit den südostasiatischen Staaten (beispielsweise im Konflikt um die Spratley-Inseln). Vehement widersetzt sich China auch äus-

Säntis 2502 m ü. M.
im
Appenzellerland

Luftseilbahn ✆ 071/365 65 65
Gasthäuser ✆ 071/365 66 00
Automatischer
Auskunftsdienst ✆ 071/365 66 66
CH-9107 Schwägalp

ERLEBNIS
säntis
DER BERG



Ein Bild von hohem Symbolgehalt: die Präsidenten der USA und Russlands, Bill Clinton und Boris Jelzin, anlässlich der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags Nato–Russland in Paris.

serem Druck in Menschenrechtsfragen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit demonstriert Peking seine Abneigung gegenüber «hegemonialen Bestrebungen», womit vor allem die USA gemeint sind. Eine solche Stossrichtung war auch aus der «Gemeinsamen Erklärung über eine multipolare Welt und eine Neue Weltordnung herauszulesen», die am 23. April 1997 von Jiang Zemin und Russlands Präsident Boris Jelzin in Moskau unterzeichnet wurde. Wörtlich heisst es darin: «Kein Land sollte die Vorherrschaft anstreben, Machtpolitik betreiben oder internationale Angelegenheiten monopolisieren.» Jelzin seinerseits sprach von einem Durchbruch, der «das Schicksal des nächsten Jahrhunderts bestimmen» werde. Tags darauf unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Chinas, Kasachstans, Tadschikistans und Kirgistans einen Vertrag, der die Präsenz militärischer Kräfte entlang einer 7000 Kilometer langen Grenze verkleinern und damit zum Abbau der Spannung in einer strategisch besonders heiklen Zone beitragen soll.

Russische Wechselbäder

Russlands Annäherung an China kam in einem Moment, als die Spannnungen über die geplante Osterweiterung der Nato einem Höhepunkt zuzutreiben schienen. Gegen die Absicht des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, einen Teil der osteuropäischen Staaten als Vollmitglieder aufzunehmen, hatte Russland von Anfang an opponiert; unter dem Druck nationalistischer Kreise widersetzte sich die Regierung in Moskau vehement dieser «Bedrohung der europäischen Stabilität», ohne allerdings über die Machtmittel zu verfügen, um diese Entwicklung verhindern zu können. Nach langen Verhandlungen konnte schliesslich Mitte Mai 1997 der Durchbruch erzielt werden: Die Nato sagte Russland die Schaffung eines Permanenten Gemeinsamen Rates zu, in welchem über alle Sicherheitsfragen von der Rüstungskontrolle bis hin zur Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenhandels gesprochen werden soll. Gleichzeitig wurden Russland umfangreiche wirtschaftliche und finanzielle Leistungen in Aussicht gestellt. Im entscheidenden Punkt erreichte die Nato jedoch ihr Ziel, nämlich in einer ersten Runde die ehemaligen Warschaupakt-Staaten Tschechien, Polen und Ungarn, allenfalls später auch die Slowakei, Slowenien und Rumänien aufnehmen zu können. Die Nato verpflichtete sich nur unverbindlich, auf dem Territorium der neuen Mitgliedsstaaten keine Atomwaffen und Kampftruppen stationieren zu wollen.

Die am 27. Mai in Paris unterzeichnete Vereinbarung wurde nicht nur im Westen mit einem Stossseufzer der Erleichterung quittiert, sondern auch vom

Kreml als grosser aussenpolitischer Erfolg gefeiert. Für Jelzin und die Regierung Tschernomyrdin war die Übereinkunft umso wichtiger, als die vergangenen 12 Monate für Russland eine ununterbrochene Reihe von Wechselbädern gebracht hatten:

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, am 16. Juni 1996, wäre Jelzin von Kommunisten-Chef Gennadi Sjuganow beinahe geschlagen worden – mit rund 35 Prozent der Stimmen gegenüber 32 Prozent für Sjuganow. 14,5 Prozent entfielen auf den früheren General Alexander Lebed, der sich im Wahlkampf für die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität stark gemacht hatte. Taktisch geschickt sicherte sich Jelzin die Unterstützung Lebeds, indem er ihn zum Nationalen Sicherheitsberater ernannte und gleichzeitig den unpopulären Verteidigungsminister Pawel Gratschow absetzte. Am 3. Juli gewann Jelzin die Stichwahl gegen Sjuganow mit 53,8 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang erlitt der Präsident seinen dritten Herzinfarkt und verschwand danach – von wenigen kurzen Ausnahmen abgesehen – für Wochen von der Bildfläche, bis er Anfang November mit Erfolg operiert wurde.

Der Krieg in Tschetschenien belastete Russland zunehmend stärker. Erst die Rückeroberung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny durch die Rebellen am 6. August bewirkte den Umschwung: Nachdem sich die russische Armee als unfähig erwiesen hatte, die Aufständischen wieder zu vertreiben, und stattdessen zu einem Grossangriff auf die Stadt ansetzte, intervenierte Lebed. Der Ex-General vereinbarte mit dem Militärchef der Rebellen, Aslan Maschadow, einen Waffenstillstand und den beiderseitigen Truppenabzug aus Grosny, der bis zum 31. August vollzogen wurde. Russland und die Tschetschenen erklärten den Krieg für beendet; schätzungsweise 30 000 Menschen hatten ihr Leben verloren, seit sich Jelzin Ende 1994 für eine gewaltsame Lösung des Konflikts entschieden hatte. Moskau und die Tschetschenen vereinbarten

Die Papeterie mit der grossen Auswahl und der freundlichen Bedienung.

ZELLWEGER

ZELLWEGER
Papeterie + Bürobedarf
Inh. witzig bürobedarf AG

Platz 7, CH-9100 Herisau
Telefon 071 351 10 36
Telefax 071 352 40 78

FAHNEN ROHR
FAHNENFABRIKATION · VERMIETUNG

FAHNEN ROHR
HAUPTSTRASSE 59
9213 HAUPTWIL TG
TEL. 071 422 33 31
FAX 071 422 20 86

FAHNEN – FLAGGEN
MASTEN – HALTER
BEFLAGGUNGSZUB.
DIREKTVERKAUF
FABRIK. + VERLEIH

Hotel Metzgerei ANKER Teufen
Nähe Bahnhof

Gediegene Räume für Familienanlässe
Moderne, ruhige Zimmer
alle mit TV und Telefondirektwahl
Bekannt für erstklassige Küche

Familie Willi Höhener
Tel. 071/333 13 45
Fax 071/333 46 89

Appenzeller Spezialitäten
Mostbröckli
Pantli

Familie Ernst Höhener
Tel. 071/333 27 55
Fax 071/333 27 46

jetzt, das zentrale Problem – die Frage nach dem Status Tschetscheniens – bis zum Jahr 2001 auszuklammern. Das Abkommen erwies sich als tragfähige Grundlage für die Befriedung des Gebiets. Am 27. Januar wurde Maschadow in einem bemerkenswert fairen Urnengang mit knapp 60 Prozent zum tschetschenischen Präsidenten gewählt, und am 12. Mai unterzeichneten Jelzin und Maschadow in Moskau einen Gewaltverzichtsvertrag.

Der «Architekt» des Tschetschenien-Friedens, Alexander Lebed, wurde am 16. Oktober als Sicherheitsberater abgesetzt, nachdem ihn Innenminister Kulikow der Konspiration beschuldigt hatte. Mitte März berief Jelzin die beiden Reformpolitiker Anatoli Tschubais und Boris Nemtsow ins Kabinett nachdem wochenlange Streikaktionen wegen überfälliger Lohnzahlungen die Produktion in vielen Teilen Russlands beeinträchtigt hatten.

Kontinuität und Wandel

Vergleichsweise idyllische Zeiten erlebten die Vereinigten Staaten: Sämtliche Wirtschaftsindikatoren zeigten in der Berichtsperiode nach oben; die Arbeitslosigkeit sank auf unter 5 Prozent, was für amerikanische Verhältnisse einen absoluten Tiefpunkt darstellte. Vor diesem Hintergrund fiel es Bill Clinton nicht besonders schwer, als Präsident im Amt bestätigt zu werden (mit 49,2 Prozent der Stimmen); sein

Wahlsieger Tony Blair (mit seiner Frau Cherie) beim Einzug in die Downing Street 10.

republikanischer Herausforderer Bob Dole erzielte 40,8 Prozent, der unabhängig kandidierende Ross Perot 8,5 Prozent. In beiden Kammern des US-Kongresses behielten dagegen die Republikaner die Mehrheit. Aussenpolitisch kam Clinton die relative Befriedung Bosniens nach dem Dayton-Abkommen zustatten. Mit Madeleine Albright übernahm erstmals eine Frau die Führung der amerikanischen Aussenpolitik.

Auch Grossbritannien erfreute sich während der Berichtsperiode eines nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs. Trotzdem entschieden sich die Wählerinnen und Wähler am 1. Mai für einen politischen Wechsel. Die Labour-Partei erzielte 44,4 Prozent der Stimmen und kam im 659 Sitze zählenden Unterhaus auf 419 Abgeordnete – was ihr eine Mehrheit von 179 Sitzen gab –, während die Konservativen auf nurmehr 31,4 Prozent und 165 Sitze kamen. Verantwortlich für den Erdrutsch-Sieg Labours waren nicht nur innere Zwistigkeiten der bisher regierenden Konservativen – insbesondere was das Verhältnis zur EU betraf –, sondern auch die üblichen Verschleiss-Erscheinungen nach 16jähriger ununterbrochener Machtausübung: Skandale, Affären und ein eklatanter Mangel an Zukunftsvisionen. Die Labour-Partei mit ihrem charismatischen Chef Tony Blair versprach einen Aufbruch mit neuen, zukunftsgerichteten Vorstellungen sowie einen pragmatischeren Kurs gegenüber Europa. «Mit Tony Blair ist Grossbritannien über Nacht europäischer geworden», kommentierte etwa die deutsche Wochenzeitschrift «Die Zeit». Der Regierungswechsel in London eröffnete auch neue Chancen für Nordirland-Verhandlungen. Im Februar 1996 hatte die IRA einen Waffenstillstand mit einer Serie von Bombenanschlägen einseitig gebrochen.

Relativer Frieden in Bosnien

Gewählt wurde auch in zahlreichen weiteren Ländern: Zum Beispiel in Israel, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Indien und Frankreich, wo überall ein Regierungswechsel stattfand, oder in Bosnien-Herzegowina, wo allein schon die Tatsache, dass Wahlen abgehalten wurden, wichtiger war als der nach dreieinhalbjährigem Krieg vorprogrammierte Sieg der nationali-

Nach den Unruhen in Albanien versuchen Tausende, auf dem Schiffsweg Italien zu erreichen.

stischen Kräfte in allen drei Volksgruppen. Dass am 14. September tatsächlich Wahlen stattfanden, die nach Einschätzung internationaler Beobachter überraschend reibungslos verliefen, bedeutete indessen nur bedingt, dass sich das Land auf friedlichere Verhältnisse zubewegte. Im Abkommen von Dayton war nicht nur eine Waffenruhe, sondern auch die territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas festgeschrieben worden. Faktisch ging die Auflösung des einstigen Vielvölkerstaates weiter: Entgegen dem Vertragstext wurde Vertriebenen anderer Volksgruppen die Rückkehr in ihre einstigen Heimstätten nicht gestattet. Der OSZE-Vorsitzende, Bundesrat Flavio Cotti, zögerte denn auch lange, bevor er grünes Licht zur Abhaltung der Wahlen gab. Den Ausschlag gab letztlich amerikanischer Druck, da die Clinton-Administration – mit Blick auf die amerikanischen Wahlen – ihr Versprechen einhalten wollte, wenigstens einen Teil der 16 000 US-Soldaten bis Dezember aus Bosnien abziehen zu können. Die Präsenz internationaler Streitkräfte blieb jedoch unabdingbar, um die Waffenruhe über das Jahr 1996 hinaus zu sichern. Mit internationaler Hilfe begann auch der Wiederaufbau des zerstörten Landes. Trotzdem blieb die Rückführung bosnischer Flüchtlinge problematisch, da viele unter ihnen nicht mehr in ihre ehemaligen Wohngebiete zurückkehren konnten. Entsprechende Massnahmen der Behörden stiessen sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz – wo Zehntausende von Bosniern vorübergehend Aufnahme gefunden hatten – auf heftigen öffentlichen Widerstand.

Unruhiger Balkan

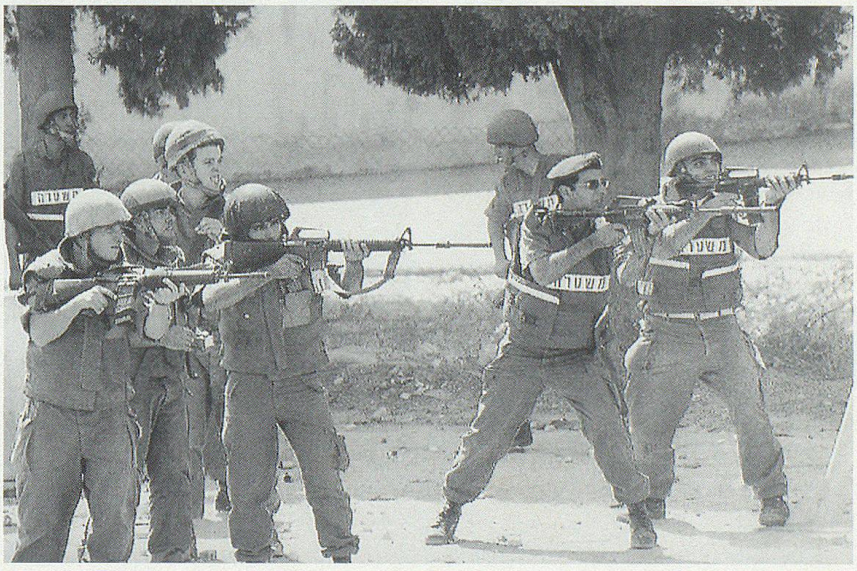
Verstärkt ins Blickfeld der internationalen Medien geriet auch

die Bundesrepublik Jugoslawien: Am 1. Oktober 1996 hob der UNO-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen das nach wie vor kommunistisch regierte Land auf; honoriert wurde damit die Kooperation Belgrads bei der Suche nach einer Friedensregelung für Bosnien. Am 17. November verloren die regierenden Sozialisten die Kommunalwahlen in mindestens 15 Städten, insbesondere in der Hauptstadt Belgrad und in Nis. Das Regime von Slobodan Milosevic liess die Ergebnisse gerichtlich annullieren, worauf die Oppositionsparteien ihre Anhänger zu immer neuen Massenkundgebungen aufriefen. Trotz schneidender Kälte gingen Tag für Tag Zehntausende, gelegentlich bis zu einer Viertelmillion Menschen auf die Strasse. Schliesslich beugte sich das zusehends isolierte Regime dem Druck aus dem In- und Ausland: Am 11. Februar anerkannte das von den Sozialisten kontrollierte Parlament die Wahlergebnisse in Belgrad sowie 13 weiteren Städten. Zum erhofften Machtwechsel in Jugoslawien kam es indessen nicht: Das Regime profitierte von der Zerstrittenheit des Oppositionslagers.

Dramatische Tage auch in einem weiteren Balkan-Land: In Albanien brachen im Januar und Februar gewaltsame Unruhen aus, nachdem private Investitionsfonds angekündigt hatten, ihre Zinszahlungen einzustellen. Hunderttausende von Albanern, die nach Jahrzehnten kommunistischer Diktatur keinerlei Erfahrung im Umgang mit Geld besassen, hatten sich zu riskanten Kapitalgeschäften verleiten lassen und teilweise ihr gesamtes Vermögen und ihre Häuser verspekuliert. Die Regierung unter Präsident Sali Berisha weigerte sich jedoch, für die erlittenen Verluste aufzukommen, worauf es in verschiedenen Städten zu Ausschreitungen, Plünderungen und zum Sturm auf Kasernen, Universitäten und andere Regierungsgebäude kam. Mindestens 200 Menschen verloren bei den Unruhen ihr Leben; Tausende versuchten das Land auf dem Seeweg zu verlassen, was in Italien und Griechenland Krisenalarm auslöste. Am 3. März liess sich Berisha vom Parlament zu einer weiteren fünfjährigen Amtszeit als Präsident bestätigen. In- und ausländischer Druck führte jedoch dazu, dass Berisha eine Koalitionsregierung unter dem Sozialisten Baskim Fino einsetzte und Neuwahlen auf Ende Juni ankündigte. Am 29. März stimmte der UNO-Sicherheitsrat der Entsendung einer kleinen multinationalen Truppe nach Albanien zu, um die Verteilung von Hilfsgütern zu überwachen. Trotzdem blieb die Lage in dem bitter armen Balkanland gespannt.

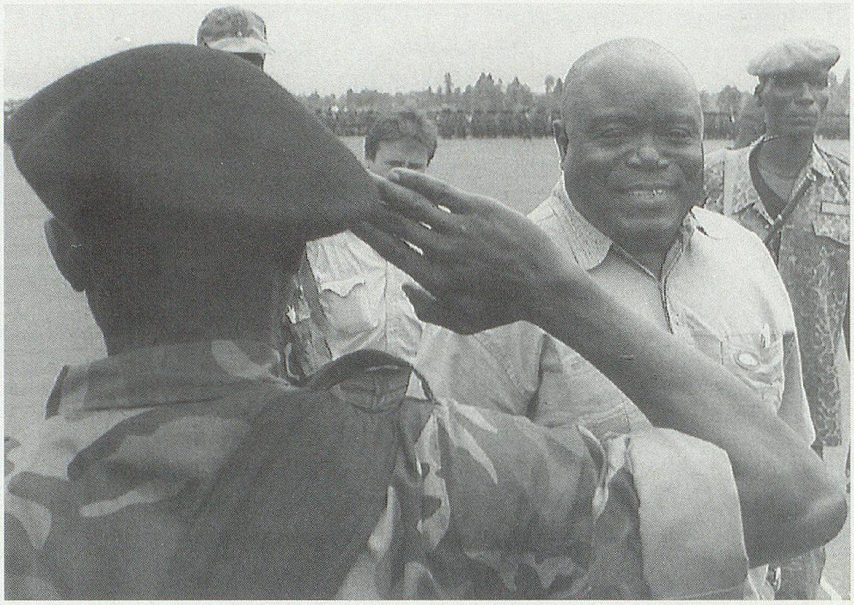
Enttäuschte Hoffnungen im Nahen Osten

In keiner andern Region der Erde treffen so viele Konfliktlinien zusammen wie im Nahen und Mittleren Osten. Nirgendwo sonst sind historische, religiöse, ethnische, kulturelle, soziale und machtpolitische Faktoren und Ansprüche enger ineinander verwoben als an der Schnittstelle zwischen Europa, Asien und Afrika. Israel/Palästina war auch



Israelische Soldaten eröffnen das Feuer auf steinewerfende palästinensische Jugendliche.

1996/97 ein Hauptbrennpunkt des Weltgeschehens. Der Verlauf der Ereignisse wurde durch die israelische Wählerschaft vorgezeichnet. Am 29. Mai gab eine hauchdünne Mehrheit – 50,49 Prozent – dem konservativen Likud-Politiker Benjamin Netanyahu bei der ersten direkten Wahl des Ministerpräsidenten den Vorzug vor Regierungschef Shimon Peres von der Arbeiterpartei. Netanyahu verdankte seinen Sieg nicht zuletzt dem Terror palästinensischer Extremisten, die den israelischen Rechtsparteien in die Hände spielten. Der Machtwechsel in Israel zeitigte umgehend Folgen für den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern. Am 2. August beschloss die Regierung in Jerusalem, den vier Jahre alten Baustopp für neue Siedlungen im Westjordanland aufzuheben. In den von Israel besetzten Gebieten leben rund 140 000 sogenannte «Siedler» in weithin sichtbaren, festungsähnlich angelegten Dörfern, inmitten von 2 Millionen Palästinensern. Als die israelische Regierung im September einen Fussgängertunnel nahe den islamischen Heiligtümern in der Altstadt von Jerusalem öffnen liess, brachen gewaltsame Unruhen aus, die mehr als 70 Menschenleben forderten. Zum ersten Mal kam es auch zu Schusswechseln zwischen palästinensischen Polizisten und israelischen Soldaten.



Rebellenchef Laurent Kabila wenige Tage vor der Vertreibung des zairischen Diktators Mobutu.

Ankläger gegen die Schweiz in Sachen nachrichtenlose Vermögen und Nazi-Geschäfte: US-Senator Alfonse D'Amato.

Die blutigen Zusammenstösse hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Modalitäten des israelischen Rückzuges aus Hebron, der bereits im September 1995 zwischen dem damaligen Regierungschef Rabin und PLO-Chef Arafat vereinbart worden war. Israel beharrte jetzt auf zusätzlichen Sicherheitsgarantien für die rund 400 jüdischen Siedler in Hebron, welche die Palästinenser schliesslich nach harten Verhandlungen am 15. Januar 1997 zugestanden. Dafür verpflichtete

sich Israel, die mit 100 000 Einwohnern grösste Stadt im Westjordanland unter palästinensische Verwaltung zu stellen – was umso bemerkenswerter war, als Hebron für Muslime wie auch für Juden religiöse Bedeutung hat (als Begräbnisstätte Abrahams, der auch von den Arabern als «Freund Allahs» verehrt wird). Die Freude über den Fortschritt im Friedensprozess währte indessen nicht lange: Ende Februar kündigte die israelische Regierung an, in Har Homa, auf dem Gebiet von Ost-Jerusalem, 6500 neue Wohnungen für jüdische Siedler erstellen zu lassen. Der von den Israelis kompromisslos verfolgte Plan liess die Beziehungen zu den Palästinensern erneut auf den Nullpunkt sinken. Am 30. März empfahl die Arabische Liga ihren 22 Mitgliedstaaten, die Beziehungen zu Israel aus Protest zu suspendieren. Auch den USA gelang es in den folgenden Monaten nicht, den Friedensprozess wieder in Bewegung zu bringen.

Bewegung in Schwarzafrika

Bewegung dagegen auf dem afrikanischen Kontinent: In Zaire führte eine bewaffnete Rebellion binnen weniger Monate zum Sturz des Diktators Mobutu Sese Seko, der das Land seit 32 Jahren beherrscht und ausgebeutet hatte. Anfang November 1996 eroberten Tutsi-Rebellen vom Stamm der Banyamulenge die Städte Bukavu, Goma und andere Orte im Osten Zaires. Laurent Kabila, der Rebellenchef, genoss offenbar die Unterstützung Ruandas und Ugandas; zielgerichtet stiessen die Aufständischen über die Städte Kisangani und Lubumbashi zur Hauptstadt Kinshasa vor. Am 16. Mai setzte sich Mobutu aus Kinshasa ab, wodurch die Machtübernahme durch Kabila besiegelt wurde. Zaire wurde von den neuen Herren in Demokratische Republik Kongo umbenannt. Beim Machtwechsel in Zaire spielten weder Frankreich – die traditionelle «Schutzmacht» Mobutus – noch die USA eine ausschlaggebende Rolle; vielmehr wirkten afrikanische Staaten, allen voran Südafrika, Uganda und Ruanda, als Drahtzieher. Der Sturz Mobutus wurde allenthalben begrüsst; Kritik zog sich Kabila dagegen durch die unbarmherzige Behandlung der in Zaire verbliebenen rund 100 000 Hutu-Flüchtlinge aus Ruanda zu. Namentlich im Westen wurde die Befürchtung geäussert, Mobutu sei durch ein nicht minder skrupelloses Gewaltregime abgelöst worden.

In Afghanistan gelang es den islamistischen Taliban-Milizen, sukzessive das gesamte Territorium zu erobern, wodurch das zentralasiatische Land erstmals seit dem sowjetischen Einmarsch 1979 wieder unter eine einheitliche Regierung gelangte. – In Kambodscha gaben Teile der Roten Khmer ihren Kampf gegen die Regierung auf, nachdem im Sommer 1996 der Tod Pol Pots gemeldet worden war. – In Algerien ging der blutige Bürgerkrieg weiter, der von islamistischen Gruppierungen entfesselt worden war, nachdem der Sieg der Islamischen Heilsfront (FIS) bei den Wahlen von 1992 annulliert worden war. Schätzungsweise 60 000 Menschen haben seither ihr Leben verloren.

Innenpolitischer Rückblick

Für die Schweiz war 1996/97 ein wenig erheiterndes Jahr. Die Wirtschaft verharrte in der tiefsten Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Zeitweise überschritt die Zahl der offiziell als Arbeitslose gemeldeten Personen die Schwelle von 200 000 (rund 5% der erwerbsfähigen Bevölkerung). Das anhaltende Konjunkturtief hinterliess auch tiefe Spuren im ohnehin defizitären Bundeshaushalt. Nach den Milliarden-Defiziten der Vorjahre schloss die Finanzrechnung des Jahres 1996 mit einem Fehlbetrag von über 4,4 Milliarden Franken ab – 400 Millionen schlechter als erwartet –, und für 1997 musste ebenfalls ein Defizit von über 4 Milliarden budgetiert werden. Die Verschuldung der Eidgenossenschaft erhöhte sich auf über 90 Milliarden Franken.

Schatten der Vergangenheit

Ungeachtet dieser aktuellen Herausforderungen waren es Schatten der Vergangenheit, die der

Eidgenossenschaft in der Berichtsperiode 1996/97 besonders zu schaffen machten. Hart unter Druck geriet die Schweiz wegen ihrer einstigen Geschäfte mit Nazi-Deutschland. Nachdem 1995 die Archive zahlreicher Länder über die Zeit des Zweiten Weltkrieges geöffnet worden waren, erhoben nun jüdische Organisationen sowie Parlamentarier aus den USA und Grossbritannien laufend neue Anschuldigungen gegen die Schweiz. Besonders der Vorsitzende des einflussreichen Bankenausschusses im US-Senat, Alfonse D'Amato, machte sich für Druck in Sachen nachrichtenlose Vermögen und Raubgold-Geschäfte stark. Fast wöchentlich bescherte er der Schweiz internationale Negativ-Schlagzeilen mit teilweise unüberprüfbaren Behauptungen. Der Grundtenor der Vorwürfe lautete, die Schweiz habe sich unter dem Deckmantel der Neutralität bereichert: Sie habe als «Bankier» und Gelddrehscheibe der Nazis fungiert und damit zur Verlängerung des Krieges beigetragen. So jedenfalls stand es auch im Vorwort des Historiker-Berichts, den US-Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat am 7. Mai 1997 vorstellte. Die Schweiz und ihre Grossbanken, die es bislang versäumt hatten, dieses Kapitel ihrer Geschichte selbst umfassend aufzuarbeiten, gerieten stark unter Zugzwang. Lange wurde die Brisanz dieser Auseinandersetzungen unterschätzt; die anfänglichen Reaktionen waren zögerlich und unbeholfen, und eine Reihe von Ungeschicklichkeiten verschärfte die Situation zuungunsten der Schweiz, so vor allem ein Interview Bundespräsident Delamuraz', in welchem er von «Lösegeld-Erpressung» sprach, sowie eine dubiose Aktenvernichtungs-Aktion bei der SBG, die zur Entlassung jenes Wachmannes führte, der die betreffenden Dokumente der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich zugespielt hatte (der junge Mann erhielt schliesslich durch einen besonderen Kongress-Beschluss «Asyl» in den USA).

Unter wachsendem internationalem Druck, der bis zu Boykott-Drohungen reichte, leiteten die Schweiz und die Banken fortlaufend neue Massnahmen ein:

Die Bankiervereinigung, die vorerst aufgrund einer Umfrage 775 Konten mit nachrichtenlosen Vermögen zutage gefördert hatte, einigte sich mit jüdischen Organisationen auf die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des früheren US-Notenbankchefs Paul Volcker.

Der Nationalrat schuf die Voraussetzungen für eine Aufarbeitung der Rolle des Finanzplatzes Schweiz vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Gestützt auf einen dringlichen Bundesbeschluss setzte der Bundesrat am 19. Dezember eine Expertenkommission unter dem Vorsitz des Historikers Jean-François Bergier ein.

Zur Koordinierung der schweizerischen Massnahmen setzte der Bundesrat eine Task Force unter Botschafter Thomas Borer ein.

Auf Initiative der drei Grossbanken wurde ein Fonds für Holocaust-Opfer eingerichtet. Die Banken stellten 100 Millionen Franken zur Verfügung. Auch die Nationalbank sowie zahlreiche Industrie- und Versicherungsunternehmen sagten namhafte Beträge zu, dass schliesslich über 260 Millionen zusammenkommen sollten.

Am 5. März kündigte Bundespräsident Arnold Koller die Errichtung einer Solidaritätsstiftung der Eidgenossenschaft ein, der aus den Zinsen von Golderlösen der Nationalbank gespiesen werden soll; der Plan des Bundesrates stiess jedoch weitherum auf Skepsis und Ablehnung.

Europapolitische Sackgasse

Wenig Glück war der Schweiz auch im Verhandlungsprozess mit der Europäischen Union beschieden. Zwar konnten sich die Unterhändler in sechs von sieben Dossiers einigen, so unter anderem in der heikeln Frage des freien Personenverkehrs: Der Schweiz wurde hier u.a. eine Schutzklausel zugestanden für den Fall, dass wider Erwarten viele EU-Bürger den Schweizer Arbeitsmarkt strapazieren sollten. Unüberwindliche Hindernisse stellten sich jedoch einer Einigung über den Landverkehr entgegen. Während die EU auf einem weitgehenden Verzicht der Schweiz auf die 28-Tonnen-

Im Tränengasnebel der Polizei endete die Bauernkundgebung vom 23. Oktober auf dem Bundesplatz.

Gewichtslimite und auf tiefen Transitgebühren besteht, beharrt Bern auf einer Abgabenhöhe, welche eine Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schienen gewährleistet. Überdies setzen die Verfassungsartikel über den Alpenschutz und die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe Rahmenbedingungen, die nicht beliebig interpretiert werden können. Am 23. Mai gerieten die Verhandlungen in eine Sackgasse; die EU-Verkehrsminister setzten kurzfristig das Dossier Schweiz von der für Ende Mai vorgesehenen Traktandenliste ab. Damit ist aller Voraussicht nach eine Einigung nicht mehr vor 1998 zu erzielen. Entgegen den Erwartungen wurde der Verhandlungsunterbruch in der Schweiz eher mit Erleichterung registriert; vielerorts war befürchtet worden, unser Land zahle im Verkehrsbereich einen allzu hohen Preis.

Zur Komplexität des Verkehrsdossiers trugen die Unsicherheiten um das Schicksal der Neat und die geplante Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe bei. Klar ist nur eines: beide Projekte werden aller Voraussicht nach nur realisiert werden können, wenn sie ein weiteres Mal die Hürde einer Volksabstimmung nehmen. Die geplante langfristige Finanzierung der Eisenbahn-Grossprojekte wird vor allem von den Transport- und Automobilverbänden bekämpft, weil sie zum überwiegenden Teil auf der Erhöhung der Strassenabgaben basiert. Heiss umstritten blieb auch die Linienführung der Neat-Achsen. Während grundsätzlich an der Netzvariante festgehalten wurde – also an der im Transitvertrag mit der EU zugesicherten Realisierung von zwei neuen Alpendurchstichen am Gotthard und am Lötschberg –,

setzte sich in den eidgenössischen Räten die Meinung durch, entsprechend dem Bedarf müsse sinnvoll etappiert werden. Während im Ständerat der Gotthard obenaus schwang, gab der Nationalrat dem Lötschberg Priorität – nicht zuletzt unter dem Eindruck geologischer Schwierigkeiten am Gotthard. Die jeweils unterlegenen Regionen – die Mittelland-Kantone und die Romandie einerseits, das Tessin und die Ostschweiz anderseits – drohten unverhohlen mit einer Ablehnung des Gesamtprojekts, sofern ihre Wünsche nicht erfüllt würden.

Rauheres soziales Klima

Die innenpolitische Stagnation war auch Ausdruck eines verschärften sozialen Klimas: Knapp 30 000 Arbeitsplätze gingen 1996 verloren; Fusionen, Lohnkürzungen und Stellenabbaupläne riefen weitherum Verunsicherung und Misstrauen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hervor. Diese Missstimmung schlug sich am 1. Dezember in der massiven Verwerfung des revidierten Arbeitsgesetzes nieder; 67 Prozent der Stimmenden legten ein Nein in die Urne. Die Bundesstadt erlebte einige der grössten Kundgebungen der vergangenen Jahrzehnte: Am 26. Oktober demonstrierten rund 35 000 Beamte und Angestellte gegen geplante Lohnabstriche im öffentlichen Sektor, insbesondere bei den SBB. Auch die Einkommenssituation in der Landwirtschaft spitzte sich zu, obschon Preissenkungen bei der Milch und andern Agrarprodukten zum Teil durch Direktzahlungen des Bundes ausgeglichen wurden. Ihrer Wut machten am 23. Oktober 15 000 Bauern auf dem Bundesplatz Luft. Die Kundgebung geriet zum Fiasko; nach Ausschreitungen endete sie im Tränengasnebel der Polizei. Zur Verschärfung der Lage trug die Rinderseuche BSE bei, die vorübergehend Boykottmassnahmen der Konsumentenschaft zur Folge hatte. Als die Nachbarländer wegen der relativ hohen Anzahl BSE-Fälle in der Schweiz – auch 1996 erkrankten über 40 Tiere – Importsperren für Schweizer Rinder und Rindfleischwaren verhängten, entschloss sich der Bundesrat zur Radikalkur: Um die Schweiz BSE-frei werden zu lassen, sollten innert dreier Jahre 230 000 ältere Kühe geschlachtet werden. Aufgrund des Widerstands von Metzgern, Konsumenten und Bauern strich das Parlament den Schlachtplan auf 2300 Tiere zusammen.

Krisenstimmung auch in der Sozialpolitik: Die Arbeitslosenversicherung verzeichnete Milliardendefizite. Auch bei den andern Sozialwerken zeichneten sich gravierende Finanzierungslücken ab. Ein Bericht einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe (IDA Fiso) kam zum Schluss, dass bis zum Jahr 2010 zusätzlich 30 Milliarden Franken benötigt werden, um Defizite bei der AHV, der IV und der Krankenversicherung zu vermeiden – dies unter der Annahme eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von mehr als 1 Prozent. Alarmstimmung kam auf, als bereits die AHV/IV-Rechnung des Jahres 1996 ein Defizit von 600 Millionen Franken aus-

Dr. med. Valeria Kereszturi
von Krankenkassen anerkannte kant. appr. Naturärztin
Naturarztpraxis
in CH-9107 Urnäsch AR, Dorfplatz 83
Telefon 071/364 10 48
Sprechstunde nach Vereinbarung.
Tätigkeit: Akupunktur (Elektro-, Laser-AP), Neuraltherapie, Homöopathie, Irisdiagnostik, natürliche Heilverfahren.

HIRSCHEN WALD
- Komfortable Zimmer
- Heimeliges Restaurant
- Eigene Bäckerei
- Gepflegte Räumlichkeiten für Gesellschaften

Familie W. Mettler-Meya
9044 Wald AR
Telefon 071/877 11 46

wies. Während bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände angesichts der düsteren Perspektiven einen sozialpolitischen Marschhalt verlangten, beharrten Linksparteien und Gewerkschaften auf der Notwendigkeit eines weiteren sozialstaatlichen Ausbaus.

Mut und Verzagtheit

Wenige der anstehenden Probleme wurden im Berichtsjahr einer Lösung nähergebracht; manche dringende Reform blieb stecken. Doch es gab vereinzelt auch zukunftsweisende Entwicklungen:

Mit ihrer Präsidentschaft in der Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (OSZE) demonstrierte die Schweiz, dass sie sehr wohl auch die Weltpolitik mitgestalten kann. Die Vorbereitung und Überwachung der Wahlen in Bosnien sowie der durch den OSZE-Delegationschef Tim Guldimann vermittelte Waffenstillstand in Tschetschenien brachten der Schweiz auch auf internationalem Parkett viel Anerkennung ein.

Mit dem Beitritt zum Nato-Programm Partnerschaft für den Frieden machte die Schweiz einen kleinen Schritt der Öffnung nach aussen.

Einen wichtigen Liberalisierungsschritt beschloss der Bundesrat mit der PTT-Reform, die in der Folge auch vom Parlament gutgeheissen wurde. Bis 1998 soll die Telecom von der Post getrennt und dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden.

Auch für die Bahn hat der Bundesrat die Weichen ins nächste Jahrhundert neu gestellt: Zur Reise Richtung freien Markt sollen die SBB als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft mit Bundesmehrheit starten. Private Transportunternehmungen sollen freien Schienenzugang für den Güterverkehr und den internationalen Personenverkehr erhalten.

Eines der grössten Reformprojekte in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates wurde im Juni 1996 von Bundesrat Kaspar Villiger und den kantonalen Finanzdirektoren skizziert. Mit einem neuen, effizienteren Finanzausgleich sowie einer grundlegenden Entflechtung des bisherigen Gewirrs von Aufgaben, Kompetenzen und Geldströmen wollen Bund und Kantone rund drei Milliarden Franken sparen.

Als «Chance für den Aufbruch» stellte der Bundesrat sein Reformprojekt für eine neue Bundesverfassung vor. Die Landesregierung hofft, dass im Jubiläumsjahr 1998 darüber abgestimmt werden kann.

Trotz solchen Zeichen des Aufbruchs und des Zukunftsglaubens überwogen im Berichtsjahr Pessimismus, Mutlosigkeit und Verdrossenheit. Auch für die Schweiz galt, was der deutsche Bundespräsident Roman Herzog am 26. April 1997 in einer aufsehenerregenden Rede in Berlin feststellte: «Ein Gefühl der Lähmung liegt über unserer Gesellschaft.» Wer in die Medien schaue, gewinne den Eindruck, «dass Pessimismus das allgemeine Lebensgefühl bei uns geworden ist». Es fehle, klagte Herzog, «der Schwung der Erneuerung, die Bereitschaft, Risiken einzugehen, eingefahrene Wege zu verlassen, Neues zu wagen»: «Das ist ungeheuer gefährlich; denn nur zu leicht verführt Angst zu dem Reflex, alles Bestehende erhalten zu wollen, koste es was es wolle. Eine von Ängsten erfüllte Gesellschaft wird unfähig zu Reformen und damit zur Gestaltung der Zukunft.» (Redaktionsschluss: 31. Mai 1997)

Appenzeller Witze

Als die erste Telegraphenleitung zwischen St.Gallen und Appenzell erstellt wurde, waren daran auch die Gemeinden Teufen, Bühler und Gais angeschlossen. Viele Leute konnten einfach nicht verstehen, wieso zum Funktionieren denn zwei Drähte notwendig seien. Ein witziger Teufner sagte zu einem Innerrhoder: «Jo, gwöss bruuchts zwee Dröht of Appezell ine: änn, bis sis dinne mörkid, ond änn, bis me n es hosse globt!»

Im Gricht: «Herr President! I appelliere a s Obergricht!» – «Weromm denn au? Ehr hönd jo de Prozess gwonne!» – «Ebe drom, die am Obergricht sölid au wesse, das i recht gchaa ha!»